

Ein Jahr Regierung Lucio Gutiérrez in Ekuador: militärische Intelligenz als Stolperstein

Minkner-Bünjer, Mechthild; Sánchez López, Francisco

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Minkner-Bünjer, M., & Sánchez López, F. (2004). *Ein Jahr Regierung Lucio Gutiérrez in Ekuador: militärische Intelligenz als Stolperstein*. (Brennpunkt Lateinamerika, 2). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444075>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 2

30. Januar 2004

ISSN 1437-6148

Ein Jahr Regierung Lucio Gutiérrez in Ekuador

Militärische Intelligenz als Stolperstein

Mechthild Minkner-Bünjer / Francisco Sánchez López

Vor der „Weihnachtspause“ vereinbarte die linke Oppositionsfront Ekuadors, bis zum 4. Jahrestag des Sturzes von Staatspräsident Jamil Mahuad (21.1.2000) den Druck auf die Regierung Lucio Gutiérrez zu verstärken, um Kurskorrekturen oder ihren Rücktritt durchzusetzen. Ziel der Dachorganisationen der indigenen Bewegung Conaie (Confederación de Nacionalidades Indígenas de Ecuador), der sozialen Basisorganisationen FP (Frente Popular) und der linken Gewerkschaften FUT (Frente Unitario de Trabajadores) ist, eine Regierung des Volkes (Gobierno popular) zu bilden. Um den derzeitigen Realitätsgehalt der Forderungen abzuschätzen, werden für den Fortbestand der neuen Regierung grundlegende Ereignisse der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung 2003 und die Rolle wichtiger Akteure analysiert. Dem Regierungsstil des Ex-Militärs Lucio Gutiérrez und seinem Regierungskurs kommen besondere Beachtung zu. Anschließend wird auf dieser Grundlage die Frage nach den Zukunftsaussichten der Regierung gestellt. Diese war im Verlaufe des Jahres 2003 zeitweilig akut gefährdet. Die oppositionellen Kräfte waren sich noch im September relativ sicher, dass sie ebenso spektakulär scheitern könnte wie ihre Vorgängerregierungen Bucaram und Mahuad.

Am 15.1.2004 trat Ex-Oberst Lucio Gutiérrez Borbúa, seit zwölf Monaten Staatspräsident von Ekuador, zu seinem ersten Rechenschaftsbericht an die Nation vor die Kameras. Als guter Populist und Volkstribun pries er sich und seine Mannen als tatkräftige und reformwillige Regierung an, die dem Volke diene und zuversichtlich in die Zukunft schaue. Er nahm zu den realisierten und geplanten Maßnahmen der fünf „Achsen“ des Regierungsprogramms Stellung. Er appellierte emphatisch an den Nationalstolz, an die Anstrengung aller Ekuadorianer, aber speziell an gesellschaftlich Verantwortung tragende Gruppen, die Krise zu bewältigen und vor allem die alles zerstörende Korruption und ihre Protagonisten auszumerzen: „Lamentieren wir nicht, packen wir es

an“, rief er seinen Landsleuten zu (Der Text der Rede findet sich auf der Homepage des Präsidenten unter www.presidencia.gov.ec/).

Die Endbilanz des ersten Amtsjahres ist vor allem durch glückliche Umstände wie z.B. den steigenden Erdölpreis und das „Schwächeln“ der indigenen Bewegung positiver ausgefallen als aufgrund der Einzelentwicklungen zu vermuten war. Allerdings zeigte der Präsident nur mit wenigen diffusen Strichen die großen Probleme des Landes auf und widmete der konjunkturellen Anfälligkeit der derzeitigen Stabilisierung keine Zeile. Die Tageszeitung *Diario Hoy* (28.01.2004) spricht von einer „ingenua ilusión de estabilidad económica“.

Erstes Regierungsjahr: labile Stabilisierung

Gutiérrez unterstrich, dass die Ergebnisse des ersten Jahres seiner Regierung positiv, aber bei weitem nicht ausreichend seien; viele Fehler seien gemacht worden – auch von ihm selbst.

Im Kampf gegen die Korruption, die soziale Ungerechtigkeit und die Immunität (1. Achse) leitete die Regierung die Modernisierung der Struktur, der Führung und der Funktionsfähigkeit des Zolls und des staatlichen Erdölunternehmens *Petroecuador* z.T. mit ausländischer Unterstützung ein, um die Leistungen zu steigern und die Korruption abzubauen. Die *Ley de Servicio Civil y Carrera Administrativa y de Homologización y Unificación Salarial* (Gesetz zur Gleichstellung und Zusammenführung der Lohn- und Gehaltsniveaus in der öffentlichen Verwaltung) passierte nach monatelangen Blockierungen und Verhandlungen der Parteien den Kongress. Ziel ist, die starken Unterschiede in der Höhe der Abfindungen und im Entlohnungsniveau der öffentlichen Verwaltung abzubauen und den Staatshaushalt zu entlasten. Den säumigen Schuldnern des 1999 kollabierten Finanzsystems rückte die unter Wilma Salgado von *Pachakutik* erstmals effektiv arbeitende *Agencia de Garantía de Depósitos* (AGD) mittels Eintreiben von Forderungen und Zwangsliquidation zu Leibe; die Behörde stellte auch Auslieferungsanträge, um der säumigen Schuldner, die ins Ausland geflüchtet sind, habhaft zu werden. Ferner sollen die Auslandsschulden (im November 2003 beliefen sie sich auf US\$ 11.466 Mio, d.h. 43% des BIP) bzw. die Kredite auf ihre Verwendung hin überprüft werden; man vermutet sie z.T. auf privaten Konten. Im staatlichen Erziehungswesen, das sich aufgrund von über Wochen hinziehenden Streiks eines Teils der Lehrerschaft in einem desolaten Zustand befindet, lässt die Regierung derzeit die Relation zwischen tatsächlich abgehaltenem Unterricht und ausgezahlten Gehältern untersuchen; *clases fantasmas* (nicht wirklich abgehaltene Unterrichtsstunden) sollen angesichts der anhaltenden Proteste aus der Elternschaft transparent gemacht und gestoppt werden.

In Bezug auf den Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (2. Achse) hob Gutiérrez hervor, dass er im Gegensatz zu seinen Vorgängern das neue Jahr ohne *paquetazo* und Preissteigerungen begonnen habe und dass man im Zuge der Dezentralisierung die Regionalregierungen in ihrem Kampf gegen die Armut mit höheren Budgetzuweisungen stärken wolle. Die umfänglichen Investitionen in das Energiewesen, den Straßenbau, in Staudamm- und Bewässerungsanlagen, in Brücken, Schulen und Gesundheitsposten, in den sozialen Wohnungsbau, in den Anbau von Grundnahrungsmitteln, die Vergabe von Ackerland und den Ausbau des Tourismus stehen bisher überwiegend auf dem Papier, „...sind Illusion und Optimismus“, stellten Kritiker nach der Rede fest (Diario Hoy, 16.1.2003).

Im Kampf für soziale und persönliche Sicherheit, für Sicherheit in der Versorgung, in der Umwelt und im Rechtswesen (3. Achse) wurden der Sozialhaushalt und die Transferleistungen in marginalisierte Gebiete und extrem arme Bevölkerungsteile erhöht, die Pensionen und Lohnzusatzleistungen auf vielfachen Druck der Betroffenen verbessert, um den Kaufkraftverlust durch die Dollarisierung auszugleichen. Besonders verwundbare Gruppen in den ärmsten Schichten der Bevölkerung wurden mit dem integralen *Bono de Desarrollo Humano*, mit Schulspeisungen, Nahrungsmittelrationen u.a. unterstützt. Das Familieneinkommen beträgt derzeit im Durchschnitt etwa US\$ 160 pro Monat, die Kosten des Warenkorb liegen bei ca. US\$ 295. Um die Sicherheit für die Bürger zu erhöhen, sollen die Polizei ausgebaut, ihre Qualität und Schlagkraft durch Ausbildung und neue Ausrüstung verbessert werden. Die Grenzen und Grenzübergänge, speziell zu Kolumbien, wurden gegen das Einsickern von Flüchtlingen, bewaffneten Rebellen und Drogenhändlern stärker gesichert. Die Entpolitisierung des Rechtswesens und der Verwaltung ist ein weiteres Ziel der Regierung.

Der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (4. Achse) dienen die vom Präsidenten genannten großen Infrastruktur- und Kommunikationsvorhaben z.B. der Bau von Kraftwerken unterschiedlicher Größe und die Interkonnexion des Stromnetzes mit Kolumbien und Peru. In die Vergabe von mehr Kleinkrediten, seit dem Zusammenbruch des Finanzsystems 1999 besonders gering, wurde der *Banco Nacional de Fomento* eingeschaltet; die *Corporación Financiera Nacional* (CFN) soll reaktiviert werden. Die Flughäfen von Quito und Manta sollen von den Kommunen betrieben und die Häfen von Guayaquil und Manta ausgebaut werden. Staatspräsident Gutiérrez bekannte sich zur Integration in den Weltmarkt und zur regionalen Blockbildung: Kostensenkung, Qualitätsverbesserung, Diversifizierung, Rechtssicherheit für nationales und ausländisches Kapital, reibungslos funktionierende Dienstleistungen und mehr Anstrengungen in Bildung und Ausbildung sind zur Erreichung dieser Ziele erforderlich.

Die vom Präsidenten hervorgehobenen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung sind: die Zunahme des realen BIP um ca. 2,1%, was angesichts eines durchschnittlichen Wachstums in ähnlicher Größenordnung seit 1995, der hohen Beschäftigungslosigkeit und der extremen Armut unbefriedigend ist; ein konsolidierter Haushaltsüberschuss (Zentral-, Regional- und Munizipalregierungen ohne Finanzierungssaldo) von etwa 2% des BIP, was ein erster Erfolg ist. Der Zuwachs der Bankeinlagen (14%), die leichte Senkung der Zinssätze und mehr Unternehmensgründungen mit nationalem und ausländischem Kapital deuten auf ein allmählich zurückkehrendes Vertrauen hin. Das Defizit in der Handelsbilanz verringerte sich bis Ende November durch 17% Exportwachstum (Erdöl 22%; ohne Erdöl: 13,2%) und nur 1% Importwachstum (2002: 44%) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Risikoeinstufung des Landes hat sich von 1262

Punkten auf 717 Anfang 2004 verbessert, die ausländischen Direktinvestitionen zeigen mit 56% Zunahme (Januar bis September) eine ansteigende Tendenz gegenüber dem Vorjahr. Die Relation von Auslandsschuld zu BIP ging von 82% auf 43% zurück, ist aber viel zu hoch, um die für mehr Wachstum und Beschäftigung notwendigen Investitionen tätigen zu können.

Gutiérrez unterstrich, dass er – trotz hoher sozialer Kosten, trotz des Drucks der Massenorganisationen und der Zweifel vieler Fachleute – die Dollarisierung beibehalten werde. Verschiedene Experten seien zu dem Schluss gekommen, dass die Armut aufgrund der Dollarisierung (und der Senkung der Inflation bzw. Stabilisierung der Wirtschaft) abnehmende Tendenz aufweise; allerdings hat Ecuador aufgrund der Dollarisierung keine Möglichkeit mehr, eine eigenständige Geld- und Wechselkurspolitik (etwa zur Förderung der Exporte) durchzuführen.

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung 2000-2003

	2000	2001	2002	2003 ¹⁾	2004 ⁵⁾
Bruttoinlandsprodukt (Ø jährliche Veränderung in %)	0,9	5,5	3,8	2,1	2,3 bis 4,5
Inflation (Veränderung in % zum Dezember des Vorjahres)	91,0	22,4	9,4	6,1	4,4
Haushalt Zentralregierung ²⁾ (% des BIP)	0,1	-0,7	-0,8	-0,9	1,1
Gesamthaushalt ²⁾ (% des BIP)	1,5	-0,4	-0,6	+.... ³⁾	k.A.
Exporte ⁴⁾ (Mio. US\$)	5.987	5.693	6.173	7.012	k.A.
Importe ⁴⁾ (Mio. US\$)	5.012	6.613	7.742	7.808	k.A.
Leistungsbilanzsaldo (% des BIP)	5,8	-2,6	-4,8	-1,9	-2,4 bis 2,2
Überweisungen von Emigranten (remesas) (Mio. US\$)	1.317	1.415	1.475	1.650	k.A.
Direktinvestitionen (Mio. US\$)	720	1.330	1.275	1.637	k.A.
Bankeinlagen (Mio. US\$)	3.580	4.424	5.590	5.097	k.A.
Mindestlöhne (Ø in US\$)	56,65	85,65	104,88	121,91	k.A.
Rohöl WTI (Fass, US\$)	30,3	25,9	26,1	31,9	27 bis 30 ⁶⁾

1) Vorläufig, z.T. geschätzt.

2) Ohne Finanzierung

3) Bisher nur Verlautbarung, dass der Saldo positiv ist.

4) Produkte und Dienstleistungen.

5) Prognosen (vorläufig).

6) Faß Rohöl (27.01.2004): US\$ 34,05.

Quellen: CEPAL: Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2003, Santiago de Chile,
Dresdner Bank Lateinamerika: Perspektiven Lateinamerika,
Brennpunkt Lateinamerika 01/2004,
Banco Central de Ecuador www.bce.fin.ec.

Die Inflation ging von rund 90% (2000) auf etwa 6% Ende Dezember 2003 zurück, die Arbeitslosigkeit im formellen Sektor von 14% auf 9%, die

Unterbeschäftigung von 68% auf 48%. Die Schere zwischen dem durchschnittlichen Familieneinkommen und dem Preis des Warenkorbes zeigt

zwar leicht rückläufige Tendenz, ist aber mit US\$ 135 sehr groß. Durch die Dollarisierung sind die Preise für Nahrungsmittel, aber vor allem für die privaten Leistungen im Gesundheits- und Erziehungswesen sowie die Mieten stark gestiegen.

Die politischen Reformen (5. Achse), deren Ankündigung zu Beginn des Regierungsantritts für beträchtliche Unruhe gesorgt hatte, wurden laut Gutiérrez bis auf weiteres zu Gunsten der ökonomischen Reformanstrengungen verschoben. Auf internationaler Ebene dagegen wurde mit einer aktiven Politik gegenüber den USA, Kolumbien und Peru, dem Mercosur (speziell Brasilien und Argentinien) und dem ALCA-Projekt begonnen. Ekuador war seit Mitte der 90er Jahre durch die „Putsche“, die anhaltenden sozialen Unruhen und die wirtschaftlichen Destabilisierung in eine wachsende Isolierung geraten.

Die Medien kommentierten, der Präsident habe in seiner Rede Ekuador als ein Land beschrieben habe, dass in dieser Form nicht existiere (z.B. *Diario Hoy*, 16.1.2004). Die keineswegs neuen Investitionsprojekte seien zu begrüßen, jedoch habe der Präsident aufgrund seines widersprüchlichen Regierungskurses an Glaubwürdigkeit verloren. Bezüglich der Immunität bzw. der Auslieferung der Banker und Unternehmer, die sich nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems ins Ausland abgesetzt hätten, sowie bezüglich der Souveränität gegenüber Kolumbien ordne sich Gutiérrez zu sehr den Interessen der USA unter.

Die in der Regierungserklärung anhand verschiedener Indikatoren (die Angaben der *Comisión Económica para América Latina y el Caribe*, CEPAL in der Tabelle differieren leicht von den Zahlen, die der Präsident anführt) konstatierten Entwicklungen der Wirtschaft in eine positive Richtung haben ohne Zweifel stattgefunden. Die detaillierte Analyse unterstreicht jedoch, dass weiterhin Anlass zu Besorgnis besteht.

Die Stabilisierung (Preise, Wechselkurs) ist vor allem eine Folge der Dollarisierung, die bisher kein festes produktives Fundament hat, d.h. einen expandierenden und konkurrenzfähigen Erdöl- bzw. Nichterdölsektor. Auf Druck des IWF wurde mit der Vergabe von Konzessionen an private Firmen auf den Feldern von *Petroecuador* begonnen, Modernisierungsinvestitionen wurden angeschoben und eine Pipeline für schweres Rohöl fertiggestellt, um die in den letzten Jahren rückläufige Produktion (und auch das Steueraufkommen) wieder zu steigern; damit kann aber erst 2004/2005 gerechnet werden.

Die leicht entspannte Finanzlage ist vor allem eine Folge der hohen Erdölpreise: die Erlöse aus

dem Export sind um etwa 22% gegenüber 2002 gestiegen. Dagegen ging der Importzuwachs drastisch zurück. Die Gründe für den Rückgang sind zwiespältig: Einerseits wurde die Pipeline fertig gestellt, positiv für die Ankurbelung der Wirtschaft, andererseits hat die Inlandsnachfrage auch für Konsum- und Kapitalgüter anderer Sektoren gegen Ende des Jahres abgenommen.

Das Inflationsziel für 2003 wurde also erreicht, jedoch auf Kosten anhaltender Rezession. Diese hatte allerdings ganz Lateinamerika im „Würgegriff“ (20 Länder: 1,5% reales BIP-Wachstum im Durchschnitt). Das Anfang 2003 mit 3,5% Steigerung des BIP angesetzte Wachstumsziel (s. Brennpunkt Lateinamerika 09/2003) wurde weit verfehlt, entsprechend stagnierten die Beschäftigung und das Einkommen der verarmten Masse. Zur Konsolidierung der Kapitalbilanz trugen die positive Entwicklung der Handelsbilanz, die steigenden Überweisungen der Ekuadorianer im Ausland, ein größerer Zufluss von Direktinvestitionen (vor allem in den Erdölsektor aufgrund der Pipeline) und teilweise Umschuldungen mit dem Pariser Club nach dem Abschluss des IWF-Abkommens bei. Ein kleines Devisenpolster von rd. US\$ 300 Mio. entstand.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Abhängigkeit Ekuadors vom Erdöl (und hohen Weltmarktpreisen) nach 30 Jahren versäumter Diversifizierung der Wirtschaft gleichbleibend hoch und die Wirtschaftslage sehr labil ist. Beim zweiten Standbein, dem Bananenexport, haben die im zweiten Halbjahr 2003 fallenden Preise die Aussichten auf mehr Investitionen und Produktionserhöhungen verringert. Im Bereich der nichttraditionellen Exportprodukte (z.B. Blumen) haben viele kleine Produzenten den Zusammenbruch des Bankensystems und die Dollarisierung nicht überstanden. Die Wirtschaftskraft des Landes hat sich seit Mitte der 90 Jahre vor allem durch die hausgemachte politische und wirtschaftliche Zerrüttung und durch die immer wieder aufgeschobenen, aber notwendigen Reformen verringert.

Der IWF: ein notwendiges Übel

Gutiérrez versprach in seiner Rede, die Preise für Haushaltsgas, Benzin und Diesel sowie die Tarife für Elektrizität und Telefon nicht zu erhöhen. Jedoch hängen von der Erfüllung dieser ausstehenden Bedingungen des *Stand-by*-Abkommens vom März 2003 die beiden Auszahlungen des IWF-Kredits (jeweils US\$ 42 Mio., eigentlich eine „lächerliche“ Summe angesichts der finanziellen Erfordernisse des Landes) ab, und die damit verbundene wesentlich gewichtigere Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten, der

verstärkte Zufluss von Krediten und – in ihrem Gefolge – von Direktinvestitionen. Der Abbau der Subventionen und die dann notwendigen Preiserhöhungen vor allem bei Haushaltsgas (Preis pro Zylinder US\$ 1,60; Preis ohne Subvention US\$ 6; Ersparnis etwa US\$ 200 Mio.) wird von den Organisationen der Basis aggressiv bekämpft und könnte (entsprechend den Erfahrungen der vergangenen Jahre) zu ihrem Sturz führen. Entsprechend denkt die Regierung über alternative Mechanismen nach, um diese Bedingung zu erfüllen. Gleiches gilt für eine privatwirtschaftliche Organisation der Telefon- und Elektrizitätsgesellschaften. Der IWF hat sich bisher flexibel in der Verlängerung der gesetzten Fristen gezeigt, denn Ekuador ist mit dem Stützpunkt Manta aufgrund seiner Nachbarschaft zu Kolumbien zum Partner der USA im Andenraum avanciert. Auch der IWF selbst fährt derzeit einen „weicheren“ Kurs; er dürfte aber angesichts der zunehmenden Verzögerungen (das gilt auch für die Konsolidierung des Bankensystems durch die AGD) die dritte Auszahlung zurückhalten bis Finanzminister Pozo zufriedenstellende Lösungen präsentieren kann.

Die Konsolidierung des Staatshaushaltes steht auch im Zusammenhang mit den Gesetzesprojekten zur Restrukturierung des Lohn- und Gehaltsniveaus und der Abfindungen im öffentlichen Sektor (etwa 400.000 Staatsbedienstete) und zur Neuordnung und Vereinfachung des Steuersystems. Gutiérrez kann dafür Mehrheiten im Kongress nur mit den traditionellen Parteien erreichen, was von *Pachakutik* vehement abgelehnt wird. Seit Mitte 2003 wurde über das vom IWF geforderte Gesetz zur Neuregelung der Abfindungen und Entlohnung im staatlichen Sektor mit den Parteien verhandelt. Die von *Pachakutik* boykottierte erste Abstimmung im August 2003 war der Anlass für Gutiérrez, die sich immer schwieriger gestaltende Regierungsallianz aufzukündigen. Im September 2003 passierte das Gesetz mittels eines Übereinkommens zwischen PSP, dem *Partido Renovador Acción Nacional* (PRIAN), der *Democracia Popular*, (DP), dem *Partido Social Cristiano* (PSC) und so genannten Unabhängigen den Kongress. Zeitgleich kam es um das Gebäude herum zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die vom IWF oktroyierten Maßnahmen. Mitte Januar 2004 stimmte eine Kongressmehrheit aus Mitte-Rechts-Abgeordneten (PSP 21-E, PSC, PRIAN und *Partido Rodolista Ecuatoriano*, PRE) auch für die ergänzenden Bestimmungen des genannten Gesetzes.

Politische vs. militärische Intelligenz: Herausforderung im ersten Amtsjahr

Für die Einschätzung der Entwicklung 2003 ist bedeutsam, sich in Erinnerung zu rufen:

- ? Gutiérrez ist mittels einer Allianz der für seine Kandidatur gegründeten *Sociedad Patriótica 21 de Enero* (PSP 21-E), einer politischen Bewegung von Familienmitgliedern und Freunden, und dem *Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik-Nuevo País* (MUPP-NP), politischer Arm der vor allem die organisierte indigene Bevölkerung repräsentierenden Bewegung *Conaie* (*Confederación de Nacionalidades de Indígenas del Ecuador*), an die Macht gekommen, ergänzt durch eine weiter links davon stehende Mini-gruppierung, den *Movimiento Popular Democrático* (MPD).
- ? Der MUPP-NP ist bislang in seinen Allianzen für die Präsidentschaftswahlen nicht erfolgreich gewesen; die Mehrzahl der indigenen Basisorganisationen hätte einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aus ihren Reihen vorgezogen.
- ? Der MUPP-NP brachte seine Organisationsstruktur, politische Erfahrung und programmatische Konsistenz – Qualitäten, die die Minibewegung von Gutiérrez nicht besitzt – in die Allianz ein.
- ? Der radikale Flügel der *Conaie*, dessen Einfluss bisher in *Pachakutik* dominiert, lehnte die Allianz des MUPP-NP mit dem PSP 21-E von Anfang an ab.
- ? Gutiérrez, dessen Militärkarriere ihn vom Leibwächter der Staatspräsidenten Rodrigo Borja und Fabián Alarcón zum Putschisten gegen Staatspräsident Jamil Mahuad und dann zum Staatspräsidenten werden ließ, stammt aus einer einfachen Siedlerfamilie im Amazonas.
- ? Der Ex-Oberst, der eine Art „*self made man criollo*“ ist, hatte keinerlei Beziehungen zu den traditionellen Eliten. Er verdankt seinen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg dem Militär. Der Diskurs und die Argumentation von Gutiérrez sind einfach, volksnah und für die breite Masse verständlich. Gutiérrez hat kaum politische Vorbildung und keine Politikerfahrung; er präsentiert sich dem Volk in Militärluft und joggt zum Präsidentenpalast. Mit einem Wort: der Ex-Militär und Ingenieur Lucio Gutiérrez ist ein Durchschnittsecuadorianer, ein Mann aus dem Volk und aus der Provinz. Er stellt sich nicht als Populist dar,

sondern er ist es gemäß Herkunft, Werdegang und Erziehung (Brennpunkt Lateinamerika 22/2002). Dasselbe gilt für einen Teil seiner Mitstreiter z.B. die Ex-Militärs Napoleón Villa oder Carlos Arboleda.

- ? Der Wahlsieg von *Pachakutik* im Oktober 2002 – die Partei errang die meisten Parlamentssitze in der Allianz (Brennpunkt Lateinamerika 22/2002) – weckte in der indigenen Basis die (illusionäre) Hoffnung, dass es zu einem Wechsel im Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell kommen könnte, zu einem partizipativen Regierungsstil und einer an den sozioökonomischen Belangen der armen Bevölkerung ausgerichteten Politik. Die Anzeichen dafür waren eher diffus; das Wahlprogramm (Brennpunkt Lateinamerika 9/2003, S. 88) war weder kohärent noch innovativ. Zudem würden die Schwäche der PSP 21-E und die Minderheitsposition der Allianz im Parlament Gutiérrez dazu zwingen, je nach Gesetzesprojekt und Interessen mit unterschiedlichen politischen Partnern zu paktieren.

Klientelwirtschaft und politischer Dilettantismus

Die erste Ernüchterung trat ein, als Gutiérrez die „ihm“ zustehenden Kabinetts- und Spitzenposten in der Verwaltung und in den staatlichen Unternehmen mit wenigen Ausnahmen an Freunde, Familienangehörige und Weggenossen aus dem Militär vergab. Problematisch war bei dieser Art von klientelistischer Verteilung, die in Ekuador Tradition hat, dass sie improvisiert war, ohne die Kompetenz, die politischen Erfahrungen und den persönlichen Werdegang der Personen genauer zu prüfen. Der Präsident und seine Parteifreunde selbst hatten ebenfalls keine politische Erfahrung. Auch gab es kein tragfähiges Regierungsprogramm (Brennpunkt Lateinamerika 09/2003) als Richtschnur für die Personalentscheidungen. Den Partnern der Regierungsallianz MPD bzw. *Pachakutik* wurden nach komplizierten Verhandlungen ein Ministerium (Umwelt) bzw. vier Ministerien (Äußere Angelegenheiten, Land- und Viehwirtschaft, Erziehung und Kultur sowie Tourismus) zugestanden, ohne dass sich die sehr ungleichen Partner zunächst in einem Vertrag über die wichtigsten Ziele und Maßnahmen verständigt hätten. Reibereien waren programmiert, auch weil *Conaie* grundsätzlich kritisierte, dass die Anzahl wichtiger Posten für *Pachakutik* im Verhältnis zum Stimmengewicht zu gering sei. Aus der Privatwirtschaft kamen die Minister für

Wirtschaft und Finanzen, für Außenhandel, für Inneres und der Zentralbankpräsident.

Beispiele für den politischen Dilettantismus des Präsidenten sind z.B. die Ernennungen des Ex-Ministers für Stadtentwicklung und Wohnungswesen und des Ex-Präsidenten des *Fondo de Solidaridad*. Ersterer war von Mitte Januar bis März 2003 im Amt; Straftatbestände aus früheren Jahren zwangen ihn zum Rücktritt. Der Präsident des *Fondo de Solidaridad* – der Fonds ist nomineller Eigentümer der größten staatlichen Unternehmen und somit eine potentielle Pfründe – managt große Teile der Staatsausgaben. Gutiérrez setzte seinen Schwager Napoleón Villa auf diesen Posten; auch dieser legte Straftatbestände nicht offen und musste auf Druck der Medien sein Amt aufgeben; er wechselte an die Spitze des PSP 21-E und sorgte hinfür für weitere Kontroversen.

Ab Januar 2003 haben laufend Kabinetts- und Personalveränderungen an der Spitze der Exekutive stattgefunden. Die Wechsel hatten drei Hauptgründe: a) Man war inhaltlich mit den Maßnahmen und dem Regierungsstil von Gutiérrez nicht (mehr) einverstanden; b) es gab juristische oder administrative Gründe; c) die Person genoss nicht mehr das Vertrauen des Präsidenten oder war ihm „hinderlich“. Zur ersten Gruppe gehörten alle Vertreter der im August 2003 auseinander gebrochenen Regierungsallianz, zur zweiten Gruppe z.B. die oben genannten „Missgriffe“, der Ex-Minister für Soziale Angelegenheiten oder der Präsident von Petroecuador. Die dritte Gruppe besteht aus Personen, die – aufgrund der neuen politischen Partnerschaft mit PRE und PSC – für andere Personen mit Beziehungen zu diesen Parteien ihre Stühle räumen mussten.

Den traditionellen Rücktritt des Kabinetts Mitte Dezember 2003 nutzte Gutiérrez zu der aufgezwungenen „Runderneuerung“: von 15 Ministern wurden zehn ausgetauscht. Nur fünf Minister aus dem ursprünglichen Kabinett blieben im Amt (s. Brennpunkt 09/2003 sowie die Übersicht auf S. 23). Davon regiert nur Wirtschafts- und Finanzminister Pozo, Banker und *Consultant*, „unbehelligt“, aber mit Rückendeckung vom Präsidenten. Gutiérrez kann auf ihn wegen des Sachverständes und der exzellenten Beziehungen zum IWF und den internationalen Banken kaum verzichten, auch wenn Pozo – wie nicht anders zu erwarten – seit Amtsantritt der Regierung unter heftigstem Beschuss von den Basisorganisationen, von *Conaie* und von *Pachakutik* steht. Sie forderten das gesamte Jahr über seinen Kopf, jedoch bisher ohne Erfolg. Das bedeutet u.a., dass

Gutiérrez derzeit fester im Sattel sitzt als seine Vorgänger Bucaram und Mahuad in ähnlicher Situation.

Für die Bildung des neuen Kabinetts veränderte Gutiérrez seine Strategie: er sondierte (pro forma) Kandidaten mit den zuständigen Gremien, und er nahm anstelle eigener Parteileute Mehrheitsbeschaffer mit politischer Erfahrung aus der bisherigen Opposition in die Regierungsmannschaft auf (s. Aufstellung). Die auffälligste „Neuerwerbung“ ist Raúl Baca, Minister für Inneres und Polizei. Er gehört *Izquierda Democrática* an, war Bürgermeister und Präfekt von Guayaquil, mehrere Male Abgeordneter und Präsident des Kongresses, Minister unter Rodrigo Borja und Fabio Alarcón, ein Politprofi vom Mitte-Links-Flügel.

Der nächste Wechsel dürfte nicht allzu lange auf sich warten lassen: Energie- und Bergbauminister Carlos Arboleda, Ex-Oberst auf strategischem Posten, belastet durch starke Kontroversen die Regierungsarbeit (El Comercio, 22.11.2003).

Nicht nur die Unerfahrenheit der Regierungsmannschaft und die häufigen Wechsel an der Spitze der Ministerien (auf den Posten von Koordinatoren im Ministerrang und von Beratern; vgl. auch die Übersicht auf S. 23) wirkten sich negativ auf die Arbeit und ihre Ergebnisse aus, sondern auch die Art und Weise wie Gutiérrez die Regierungsgeschäfte geführt hat. Die Minister, speziell die von *Pachakutik*, waren weitgehend marginalisiert und „im Wege“; es mangelte für alle an Information und Koordinierung (2003 fanden nur wenige Kabinettsitzungen statt) durch den Präsidenten, der sie aufgrund politischer Naivität und selbstherrlicher Entscheidungen sowie unangemessener Intervention vielfach blockierte. Der enge militärische Erfahrungshorizont und der autoritäre Führungsstil sowie die provinzielle Herkunft von Gutiérrez sind im politischen Geschäft und im Umgang mit der Mannschaft häufig kontraproduktiv gewesen. Als Beispiel sei die Tourismusministerin Dorís Solís, Mitglied von *Pachakutik*, angeführt; sie konnte trotz Rangeleien und Protesten ihren eigenen Vertreter nicht selbst bestimmen, weil Gutiérrez einen PSP-Anhänger auf diesem Posten haben wollte. Ähnlich gelagert ist der Fall der im März 2003 als Managerin der *Agencia de Garantía de Depósitos* (AGD) berufenen Wilma Salgado, ebenfalls Mitglied von *Pachakutik*. Gutiérrez wollte einerseits auf Salgado nicht verzichten, andererseits war sie ethisch-professionell ein Fremdkörper in der von korrupten Interessen bedrängten Arbeit der AGD. Und obwohl Gutiérrez sie direkt und indirekt – u.a. auf Druck von in

den Bankrott des Finanzsystems verwickelten Personen – kalt zu stellen versuchte, hat Wilma Salgado bis heute den Verleumdungen sowie den verbalen und physischen Bedrohungen standgehalten: letztlich eine Folge der Kompetenz und Unabhängigkeit einer mit Berufsethos ausgestatteten couragierten Frau und ihrer starken Rückendeckung aus der Öffentlichkeit.

Bruch der Regierungsallianz und neue Partner

Zu Beginn der Legislaturperiode hatte Gutiérrez seine erste schwere Niederlage im Parlament hinnehmen müssen: den politischen Verbindungsleuten war es aufgrund ihrer Unerfahrenheit und der tiefgehenden Interessengegensätze nicht gelungen, eine (über die Parteien der Regierungsallianz hinausgehende) Mehrheit im Kongress zur Unterstützung der Exekutive zu verhandeln. Die Opposition im Parlament war ein „Konglomerat“ aus verschiedenen politischen Richtungen und Interessen unter Führung der rechtskonservativen PSC und der linksliberalen ID. Sie würden zusammen mit den kleinen Parteien und Unabhängigen über die – für die Arbeit der Exekutive und den Präsidenten selbst – so wichtige Zusammensetzung der Autoritäten des Parlaments und der Kommissionen, über die Besetzung des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichtshofs und des Obersten Wahlgerichts entscheiden und ihren Einfluss geltend machen. Dasselbe galt bezüglich der für die Exekutive notwendigen Zustimmung der Parlamentsmehrheit zu wichtigen Gesetzen (z. B. Staatshaushalt, Abkommen mit dem IWF, Privatisierung, Steuer- und Subventionsveränderungen etc.).

Die Allianz mit *Pachakutik* (Brennpunkt Lateinamerika 09/2003) war von Anbeginn durch unterschiedliche Ideologie, Interessen und Ziele sowie durch ein *tira y afloja* in den Arbeitsbeziehungen geprägt. Der starke Einfluss der z. T. „fundamentalistisch“ ausgerichteten Führung von *Conaie* auf *Pachakutik* tat ein Übriges. Diese Widersprüche und die mangelnde Diplomatie und Souveränität des Präsidenten bezüglich der ihn öffentlich und aggressiv kritisierenden indigenen Bewegung, die sich getäuscht fühlte und permanent mit einem Putsch drohte, waren weitere Gründe, dass Gutiérrez die Allianz beendete. Der Weg für Verhandlungen mit dem rechten Spektrum, die *Pachakutik* nicht akzeptieren wollte, war frei. Für Gutiérrez war die Allianz mit *Pachakutik* im Großen und Ganzen förderlich, da er in den ersten drei Monaten die positiven Seiten des Stimmenbeschaffers, sein Image und seine Erfahrung für die interne und externe Projektion seiner

Regierung nutzen konnte; die stark aufflammenden Führungskämpfe in der indigenen Bewegung insgesamt und das abbröckelnde Protestpotential gereichten ihm ebenfalls zum Vorteil.

Die MPD hatte schon im Juli die Allianz verlassen. Sie distanzierte sich sowohl von der Wirtschaftspolitik und dem IWF-Abkommen als auch von der Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung gegenüber der Lehrerschaft, deren Gewerkschaft, die *Unión Nacional de Educadores* (UNE), eng mit der MPD verbunden ist. Die MPD ist wenig in Erscheinung getreten und ist Gutiérrez eigentlich eher hinderlich gewesen, speziell beim Management der Auseinandersetzungen um die Lohnerhöhungen im Erziehungswesen.

Gutiérrez zeigte bei der Suche nach alternativen Partnern keinerlei Neigung, sich mit Parteien zu verbünden, die seinen Programmpunkten zumindest bei vordergründiger Betrachtung nahe stehen (z.B. die ID). Aufgrund der Erfahrung mit MUPP-NP und MPD scheint er der Illusion nachzuhängen, aus dem PSP 21-E eine respektable Partei in der Sierra machen zu können, mit der er den Konkurrenzparteien Wählerstimmen abspenstig machen könnte. Seine Anstrengungen, die *comunidades indígenas*, die nicht mit *Conaie* zusammenarbeiten, mit materiellen Anreizen auf seine Seite zu bringen, sind Bestandteil dieser Strategie.

Die Annäherung an PSC und PRE ist für Gutiérrez ein gefährlicher Drahtseilakt. Die Spitzen beider Parteien haben seit 1992 immer dann die Exekutive bzw. deren Partei unterstützt, wenn es ihrer eigenen Macht dienlich war. Sie waren dabei weder an gemeinsam getragener Verantwortung auf der Grundlage von abgesprochenen Programmen interessiert noch an der Übernahme von hohen Regierungsämtern. Vielmehr lag ihnen daran, Ressourcen für ihre Region oder andere Vorteile zu erlangen, um ihre *feudos* zu sichern oder auszubauen. Gemäß der Tageszeitung *El Comercio* (07.01.2004) hat der PRE für die Stimmenallianz seiner 15 Abgeordneten mit der PSP 21-E Unterstützung verlangt, um über die (manipulative) Besetzung der höchsten Organe der Judikative die Aufhebung der Strafverfolgung für Ex-Präsident Bucaram zu erreichen und ihm die Rückkehr nach Ecuador zu ermöglichen. Ob die PSC das toleriert, bleibt abzuwarten. Die Führungen beider Parteien, politisch abgebrüht und skrupellos, werden Gutiérrez nur so lange die Hand reichen, wie die ihnen gebotenen Posten oder Pfründe funktional für die eigene Machterhaltung sind.

Indigene Bewegung: Restrukturierung erforderlich

Pachakutik ist aus der nur sieben Monate währenden Allianz mit Gutiérrez zumindest kurz- bis mittelfristig geschwächt hervorgegangen; Flügelskämpfe zwischen den indigenen Abgeordneten der Sierra und der Amazonía, Disziplinar- und Führungsprobleme in der Partei und in der Fraktion sowie Hegemonialansprüche der *Conaie* (und in der Dachorganisation selbst der Führungsanspruch der Regionen) brachen mehr denn je hervor.

Die indigene Bewegung unter Führung der *Conaie* konnte ebenfalls weder die Führungsrolle beim Putsch im Januar 2000 noch die kurze Periode der Regierungsbeteiligung ihres politischen Arms *Pachakutik* für sich kapitalisieren. Historiker Enrique Ayala stellt fest, dass die indigenen Organisationen zwar die Protagonisten des sozialen Protests der 90er Jahre gewesen sind, dass sich aber seit der Wahlallianz mit Gutiérrez 2002 die Fronten zwischen den Föderationen von Sierra und Amazonía in der *Conaie* vertieft haben: die Organisationen der Amazonía rebellieren gegen den automatischen Anspruch der Sierra-Föderation *Ecuadorunari*, die *Conaie* anzuführen (*El Comercio*, 21.1.2004). Der Verlauf der Protestaktionen unter der Regierung Noboa und nunmehr unter der Regierung von Lucio Gutiérrez zeigt, dass die indigene Bewegung allein nicht die Kraft hat, einen Kurswechsel zu durchzusetzen; das ist nur in Allianz mit anderen sozialen Organisationen möglich. *Conaie* hatte sich daran gewöhnt, eine Art von Hegemonie unter den Basisorganisationen auszuüben sowie uneingeschränkte Gefolgschaft und Akzeptanz ihrer Entscheidungen einzufordern. Gemäß Ayala haben die vergangenen Monate gezeigt, dass die Zeiten der monopolartigen Stellung vorbei sind, und eine Rückendeckung aus dem Militär nicht mehr zu erwarten ist. Das bedeutet, dass die indigene Bewegung, speziell *Conaie*, gezwungen ist, ihre Strategie des gesellschaftlichen Wandels zu überdenken: aufrichtige Verhandlungen und die Erarbeitung von Konsens sind gefragt.

Imageprobleme und Strukturschwäche des Militärs

An dieser Stelle ist die Frage angebracht, wie sich der Putsch vom 21. Januar 2000, angeführt von der indigenen Bewegung, derer sich Oberst Gutiérrez und seine Kameraden bemächtigt haben, auf die Streitkräfte ausgewirkt hat. Pressekommentaren ist zu entnehmen, dass ihr Image stark gelitten habe (*El Comercio*, 21.1.2004), und

dass sie das Prestige, das ihnen die militärische Auseinandersetzung mit Peru am Río Cenepa in der Bevölkerung eingebracht hatte, verspielt hätten. Der Ausschluss der 300 Offiziere nach dem Putsch war eine Fehlentscheidung: er schwächte die Streitkräfte, verstärkte im Militär die Spannungen zwischen Flügeln und Generationen in einer ohnehin schwierigen Zeit, in der die Institution aufgrund der Demokratisierungswelle und des Friedensschlusses mit Peru ihre Rolle und ihren Standort in der Gesellschaft hinterfragen und neu definieren musste.

Der Ausschluss beförderte auch die allmähliche Etablierung von Ex-Militärs in zivilen Schaltstellen (z.B. General Paco Moncayo als Bürgermeister von Quito); er half einem von ihnen, dem Putschisten Oberst Lucio Gutiérrez, einen demokratisch legitimierten Sieg in der Präsidentschaftswahl 2002 zu erringen; er führte zu einer Art „Militarisierung“ von Verwaltung und Regierung. Die Manipulationen des Staatspräsidenten Gutiérrez, der unter Umgehung der hierarchischen Rangfolge ihm loyale Militärs für die höchsten Führungsstellen ernannte, ließen die Schwäche des Militärs erneut deutlich zu Tage treten. Die (ursprüngliche) Führungselite und die Institution als solche wurden durch den Abgang von 17 ranghohen Militärs weiter dezimiert (Brennpunkt Lateinamerika 09/2003). Mehr als drei Dutzend Ex-Mitglieder der Streitkräfte haben Posten in der derzeitigen Regierung und Verwaltung inne; sie entwickeln Seilschaften und politische Affinitäten und fördern dadurch auch die Politisierung und Abhängigkeit „ihrer“ Institution.

Jeder politische Fehler bzw. Missgriff von Gutiérrez, der kein Mann mit opportunen und sicheren Entscheidungen ist, wirkt sich negativ auf die Institution Militär aus. Das gilt in gewisser Weise auch für die Ex-Militärs in anderen hohen Posten. Scheitert Gutiérrez, dürfte der Ruf der Streitkräfte über lange Zeit beschädigt sein. Das bedeutet, dass Militärspitze und Staatspräsident wie in früheren Jahren symbiotisch verbunden sind. Im September 2003 tauchten Anschuldigungen in der Presse auf, dass Waffenbestände der Streitkräfte verschwunden seien. Der Skandal zog weite Kreise, auf Regierungsebene bis nach Kolumbien, als „beweisbare“ Vermutungen gestreut wurden, dass die Waffen durch das ekua-dorianische Militär selbst an die FARC geliefert worden seien. Gegenüber der kolumbianischen Regierung stellte sich Staatspräsident Gutiérrez uneingeschränkt hinter die Streitkräfte.

Geldwäsche: Kommt Gutiérrez zu Fall?

Als Anfang Dezember 2003 in der Presse lanciert wurde, Präsident Gutiérrez habe US\$ 30.000 von César Fernández, Ex-Gouverneur der Provinz Manabí und überführter Drogenhändler, zur Finanzierung seiner Wahlkampagne erhalten, revanchierte sich der Oberkommandierende der Streitkräfte, Octavio Romero, prompt: Er ließ offiziell verlautbaren, dass Gutiérrez die volle Unterstützung der Militärführung genieße. Auch die USA reagierten schnell; eine Destabilisierung wäre schon allein wegen des Militärstützpunktes Manta nicht in ihrem Interesse. Otto Reich, US-Staatssekretär für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, reiste als Abgesandter von US-Präsident George W. Bush nach Quito und bekräftigte in dieser für Staatspräsident Gutiérrez bisher stärksten politischen Bedrohung, dass Ecuador für die Drogenzertifizierung (Handelspräferenzen, Finanzierung) qualifiziert sei. Widersprüchliche Aussagen von Gutiérrez zu den Beziehungen mit Fernández haben einmal mehr die Mängel und die Unerfahrenheit der Regierung im politischen Krisenmanagement unterstrichen. An der internen Front brodelte es Anfang Dezember: Laut Umfrage von Market (zitiert nach WR-03-48) forderten 46% der Befragten, dass Gutiérrez wegen der möglichen Verwicklung in den Drogenskandal zurücktreten solle. Laut Gesetz ist Gutiérrez dazu verpflichtet, wenn entsprechende Beweise vorliegen. Ein Ausschuss des Kongresses untersucht die Anschuldigungen; die Angelegenheit dürfte also keinesfalls für Gutiérrez abgeschlossen sein.

Nicht zuletzt der durch die Medien hochgekochte Drogenskandal und die Verstrickung des Militärs in das illegale Waffengeschäft haben die Popularität von Präsident Gutiérrez laut Umfragen von *Market* stark nach unten gezogen (zitiert nach RA-03-10): von anfänglichen 64% auf 31% im August, auf 20% Ende Oktober und auf 15% Mitte November 2003 der Befragten.

Gutiérrez hat während des gesamten Jahres 2003 insgesamt ein sehr angespanntes Verhältnis zu den Medien gehabt, was die Öffentlichkeit durchaus wahrgenommen hat. Die Vertreter der Medien sind vom Präsidenten – aufgrund der angeblichen Verbreitung von Gerüchten und Falschmeldungen über seine Person – laufend attackiert worden. Der Hauptgrund für die schlechte Presse ist beim Präsidenten selbst zu suchen: Er selbst hat den Journalisten immer neue Munition mit spontanen und widersprüchlichen Erklärungen, mit Korrekturen und Widerruf von Informationen geliefert. Die politisch dilet-

tantische Handhabung der Kommunikation mit der Öffentlichkeit und Gutiérrez' Angewohnheit, im Stil eines Sergeanten den Journalisten die Redefreiheit und die Schreibe zu verbieten, haben die Aggressivität aufgeschaukelt. Die Verhaftung des Führers von *Ecuadorunari*, der den Präsidenten mit Verbalinjurien kritisiert haben soll, lässt die gleiche autoritäre Überreaktion des Ex-Militärs Gutiérrez und seine Unsicherheit gegenüber den Medien erkennen.

Hat die Regierung mit Präsident Gutiérrez eine Zukunft?

Da in Ekuador jeder Staatspräsident mit komplexen strukturellen und konjunkturellen Schwierigkeiten interner und externer Natur zu kämpfen hat, die nur langfristig zu beeinflussen sind, liegt sein Spielraum vor allem in der Art und Qualität des Regierungsprogramms, im Regierungsstil und in der Amtsführung.

Politik und Amtsführung der Regierung Lucio Gutiérrez waren – wie aus der Analyse unschwer abzulesen ist – bisher von geringer Qualität und der Krisensituation des Landes nicht angemessen. Auch wenn der letzte Kabinettswechsel und die Anlehnung an die traditionellen Parteien zu mehr Kompetenz, Kontinuität und Schnelligkeit in den Entscheidungen führen könnten, sieht sich Gutiérrez einem Bündel von Problemen gegenüber, die mit zu wenig Wachstum, dem geringen Zufluss an ausländischem Kapital sowie mit der anhaltenden Illiquidität in der Zentralregierung und in der Verwaltung zu tun haben. Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, muss die seit Anfang der 90er Jahre sinkende Wettbewerbsfähigkeit wieder steigen, die Diversifizierung der Exporte endlich fortgesetzt werden, und ein dauerhafter Strom an Auslandskrediten und Direktinvestitionen erreicht werden. Die Dollarisierung hat die Stabilität und den Inflationsabbau gefördert, aber den Prozess der Erweiterung und des Umbaus der Wirtschaft und der Exporte erschwert. Wachstum (auf niedrigem Niveau), Dollarisierung und das Überleben der „ausgepowerten“ Bevölkerung sind derzeit nur aufgrund des hohen Erdölpreises und der Überweisungen der im Ausland lebenden Ekuadorianer möglich: keine ausreichende Grundlage auf mittlere Sicht, wie die vergangenen Jahre gezeigt haben.

Auf politischer Ebene muss der Präsident nach dem Bruch der Allianz mit den sozial fortschrittlichen indigenen Kräften versuchen, die Spannungen mit den oppositionellen Organisationen abzubauen; denn ohne soziopolitische Stabilität sind keine Erfolge im Bereich der Wirtschaft möglich. Gutiérrez, der mit seiner Allianz mit *Pachakutik* als Hoffnungsträger für einen Kurswechsel galt, hält sich jetzt dank der Zusammenarbeit mit den traditionellen rechtskonservativen Parteien, dem Militär und den USA an der Macht. Militär und USA helfen ihm zwar wenig an der internen Front, sind aber eine Art von Lebensversicherung, wenn die Basis gegen die Regierung konspirativ vorgehen will. Die Schwäche von Gutiérrez macht ihn zum willigsten Helfer der USA in der Region.

Angesichts der schwierigen Konstellationen stellt sich die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Gutiérrez seine Amtsperiode überstehen kann. Er kann sie zu Ende bringen, wenn er seine Regierung fest und effizient an die eigenen Zügel nehmen kann; ist das nicht der Fall, wird er nur so lange im Amt bleiben, wie er den Interessen der ihn derzeit stützenden Parteien dienlich ist, und seine Präsenz bzw. seine Politik nicht die Agitation der militanten Basisorganisationen in Gang setzt. Entscheidend dafür ist, dass die wirtschaftliche Situation des Landes nicht erneut ins Trudeln gerät und die sozialen Proteste anfacht. Die Prognosen für 2004 stimmen einigermaßen zuversichtlich.

Alternatives Szenarium wäre, dass die oppositionellen Kräfte die oben genannten Faktoren für einen Wechsel der Regierung und damit für ihre Interessen ausnutzen können. Trotz der augenblicklichen Schwäche der indigenen Bewegung können sich Massenproteste täglich wiederholen; sie können ebenso wie die angebliche Verwicklung des Präsidenten in die Drogenwirtschaft als Vorwand für einen Sturz der aktuellen Regierung dienen.

Für Ekuador wäre das erste Szenarium mit einer Regierung, die ihre Politik und ihren Führungsstil qualitativ verbessert und die den Zyklus von Krise und Instabilität unterbrechen kann, zweifelsohne die wünschenswerte Alternative.

Verteilung der Ministerien der Regierung Gutiérrez (15.1.2003 und 15.1.2004)

Ministerien	Amtsinhaber bei Regierungsantritt 15.01.2003	Herkunft, Partei oder unterstützende Gruppe	Amtsinhaber nach einem Jahr 15.01.2004	Herkunft, Partei oder unterstützende Gruppe	AmtsinhaberInnen (Anzahl)
Umwelt	Edgar Isch	MPD	César Narváez	k.A.	zwei
Gesundheitswesen	Francisco Andino	SP21-E	Teófilo Lama	Nähe PRE	drei
Arbeit und menschliche Ressourcen	Felipe Mantilla	Nähe PSC	Raúl Izurieta	Rechtsanwalt, Int. Technokrat, verbandsnah	drei
Tourismus	Doris Solís	<i>Pachakutik</i>	Gladys Eljur	Nähe PSC, Komm. Leitung Tourismus-börse	drei
Wirtschaft und Finanzen	Mauricio Pozo	Volkswirt, Banker, Technokrat	Mauricio Pozo	Volkswirt, Banker, Technokrat	einer
Außenhandel, Industrie, Fischerei, Wettbewerb	Ivonne Baky	Unternehmerin	Ivonne Baky	Unternehmerin	eine
Land- und Viehwirtschaft	Luis Macas	<i>Pachakutik</i>	Sergio Seminario	k.A.	drei
Soziale Wohlfahrt	Patricio Ortiz	SP21-E Ex-Militär (passiv)	Patricio Acosta	SP21-E Ex-Militär	drei
Öffentliche Arbeiten und Kommunikation	Estuardo Peñaherrera	SP21-E	Estuardo Peñaherrera	SP21-E	einer
Erziehung und Kultur	Rosa María Torres	<i>Pachakutik</i>	Roberto Passaillaigue	Ex ministro de Duran Ballen	drei
Inneres und Polizei	Mario Canessa	Unternehmer	Raúl Baca	Ex-Minister R. Borja, F. Alarcón; Ex-Präsident des Kongresses	drei
Wohnungswesen und städtische Entwicklung	Nelson Álvarez	k.A.	José Repetto	PRE-Nähe	drei
Energie und Begbau	Carlos Arboleda	SP21-E Ex-Militär (passiv)	Carlos Arboleda	SP21-E Ex-Militär (passiv)	einer
Verteidigung	Nelson Herrera	Ex-Militär (passiv)	Nelson Herrera	Ex-Militär (passiv)	einer
Außenbeziehungen	Nina Pacari Vega	<i>Pachakutik</i> , Ex-Präsidentin des Kongresses	Patricio Zuquilanda	SP21-E	zwei

Andere hohe Regierungsämter

Koordinator (Secretario) der öff. Verwaltung	Patricio Acosta	SP21-E Ex-Militär (passiv)	Xavier Ledesma	Ex-Abgeordneter, Ex-Minister unter Durán Ballén	k.A.
Stellv. Koordinator (Subsecretario) der Regierung	Virgilio Hernandez	<i>Pachakutik</i>	Fernando Larrea	Ex-Abgeordneter, Nähe PSC	drei
Secretaria (Koordinatorin) Kommunikation	k.A.	---	Yolanda Torres	Bürgermeisterin DP, Verbandsnähe	k.A.
PrivatsekretärIn	Janeth Gutiérrez	Schwester des Präsidenten	Carlos Polit	Nähe PSC	zwei
Politischer Berater	Ciro Guzmán	MPD	Pablo Céli	PRE, Ex-Subsecretario (Abdala Bucaram)	zwei
Politischer Berater	José Chávez	Gewerkschaftler	Xavier Benedetti	k. A.	zwei

Quellen: Brennpunkt Lateinamerika 09-03, S. 81;
 El Comercio, 15.01.2004;
 Diario Hoy, 16.01.2004.

Quellen:

Latin American Weekly Report, Andean Group Report, London.

International Monetary Fund 2000/03: Ecuador
www.imf.org.

Minkner-Bünjer, Mechthild (1999): Ekuadors wirtschaftliche Dauerkrise: Scheitert die Regierung Jamil Mahuad? Brennpunkt Lateinamerika, S. 24-99.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2002): Wahlen 2002 in Ecuador oder der Wunsch nach einem integren und entscheidungsstarken Staatspräsidenten, Brennpunkt Lateinamerika, 22-02.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2003): 120 Tage Regierung Lucio Gutiérrez: Wende in der Dauerkrise Ekuadors?, Brennpunkt Lateinamerika, 9-03.

Homepage der ekuadorianischen Regierung
www.gov.ec

Tageszeitung El Comercio
www.elcomercio.com.

Tageszeitung El Universo
www.eluniverso.com.

Tageszeitung Diario Hoy
www.hoyonline.com.

Magazin Vistazo. La Revista del Ecuador
www.vistazo.com.

Ekuadorianische Zentralbank
www.bce.fin.ec.

Zeitschrift Ecuador Debate
www.dlh.lahora.com.ec/paginas/debate.

Internet-Pressearchiv „Ibero Digital“
www.duei.de/iik/IberoDigital.

Autorennotiz: Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl. Kfm. Dipl. Hdl., assoziierte Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Regionale Schwerpunkte: Andenländer, Zentralamerika, Chile. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Entwicklungsökonomie, Entwicklungspolitik der Länder und Entwicklungskooperation, Dezentralisierung, Beschäftigungspolitik und Armutsbekämpfung.
E-Mail: minkner@public.uni-hamburg.de.

Francisco Sánchez, Licenciado in Soziologie und Politikwissenschaft, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg.
E-Mail: fsanchez@usal.es.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: €61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>